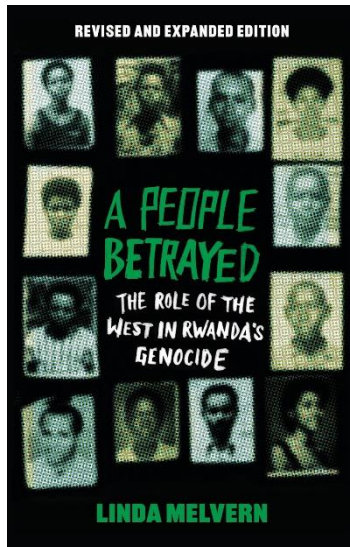




LINDA MELVERN

A People Betrayed.
The Role of the West in Rwanda's Genocide
(Revised and Expanded Edition)

Zed Books | London 2024
424 Seiten, Paperback | £15.29
ISBN 9781350409637

rezensiert von

ANNE D. PEITER, Université de La Réunion

Das vorliegende Buch ist die revidierte und erweiterte Fassung einer erstmals im Jahr 2000 erschienenen Untersuchung der britischen Journalistin Linda Melvern. Um es gleich vorweg zu sagen: Melverns Buch gehört zu den wirklich wichtigen und eindrucksvollen Veröffentlichungen über den Genozid an den Tutsi in Ruanda, der 1994 in nur hundert Tagen schätzungsweise 800.000 bis eine Million Menschen das Leben gekostet hat. Die Autorin kombiniert eine stupende Materialfülle zur Wahrnehmung der Massaker durch die westlichen (und zum Teil auch afrikanischen) Staaten und ihre Organisationen mit dem Zugriff auf Dokumente, die bisher nicht zugänglich waren. Sie schreibt in einem Stil, der sich durch größte Klarheit, Anschaulichkeit und Nüchternheit auszeichnet. So gelingt es ihr, in einem chronologischen Durchgang, der 1894 beginnt, sowohl die Geschichte des Blicks auf Ruanda und die wichtigsten historischen Koordinaten der allmählichen Gewalteskalation als auch die Debatten vor allem in der UNO nachzuzeichnen, die der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen eines militärischen Eingreifens der internationalen Gemeinschaft in Ruanda galten.

Beeindruckend ist das Buch, weil es langfristige Entwicklungen im diplomatischen, sozialen, ökonomischen und politischen Bereich zusammenführt und in ihren Verschränkungen zeigt. Dabei werden jedoch die einzelnen Akteure in den jeweiligen Institutionen keineswegs außer Acht gelassen. Zentrale Figuren, deren Porträt im Laufe des Buches immer plastischer hervortritt, sind etwa der UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, der franko-kanadische General der MINUAR-Truppen Roméo Dallaire, der Chef des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Philippe Gaillard, die ruandische Premierministerin Agathe Uwilingiyimana oder der damalige General der Exilarmee der *Front Patriotique Rwandais* (FPR), Paul Kagame, der seit nunmehr dreißig Jahren als Präsident Ruandas fungiert.

Daneben kommen in klug ausgewählten Zitaten unbekannte Akteure und Opfer zu Wort, so dass ein permanenter Perspektivwechsel eingeübt wird: Melvern zeichnet die UNO-Debatten nach, die gleich zu Beginn des Genozids zum fast gänzlichen Abzug der Blauhelmschiffe und damit zur Auslieferung der Verfolgten an den Mordapparat führten. Sie schwenkt dabei immer wieder von

New York nach Ruanda, um klarzumachen, was dort zeitgleich geschah. Ohne jede Aufdringlichkeit, schlicht durch die Rekonstruktion paradigmatischer Ausschnitte der Katastrophe, die mit ungeheurer Beschleunigung das ganze Land ergriff, entsteht so das Bild eines Grauens, das wesentlich durch Fehleinschätzungen der westlichen Staaten, durch die Angst der USA vor einem kostspieligen Engagement und durch das fatale Misstrauen des französischen Präsidenten François Mitterrand gegenüber der FPR und den Tutsi überhaupt verstärkt wurde.

Das Buch, das zwanzig Kapitel umfasst, setzt mit einer Szene aus Kicukiro ein, in der sich die Tutsi 1994 plötzlich als völlig ausgeliefert erleben mussten. Auf diese grauenhafte Szene, die *pars pro toto* zeigen soll, vor welchem Hintergrund die nachfolgenden UNO-Debatten stattfanden, folgen Kapitel zur langen Vorgeschichte der Massengewalt. Melvern geht dabei weit zurück in die Geschichte des Landes, beginnend mit einem historischen Kurzaufsatz unter dem Titel »The Past is Prologue: Rwanda 1894–1973«. Es folgen Kapitel zu dem oligarchischen System, das sich in Ruanda etabliert hatte, zu den Friedensverhandlungen in Arusha (Tansania) seit 1992, zur konkreten Vorbereitung des Genozids, zur verhängnisvollen Rolle des Senders *Radio-Télévision Libre des Mille Collines* bei der Aufstachelung zur Gewalt sowie zu den optimistischen Perspektiven, die man entgegen aller Evidenz in der UNO aufrechtzuerhalten versuchte. Je ein eigenes Kapitel sind der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats vom 5. April 1994 (einen Tag vor dem Tod des Präsidenten Habyarimana) und den Ereignissen in Kigali vom 6. bis 9. April 1994 gewidmet. Alle weiteren Kapitel behandeln das Umsichgreifen der genozidalen Gewalt und die Unfähigkeit der UNO, diese Realität auf angemessene Weise wahrzunehmen. Den Abschluss des Buches bilden das Ende des Bürgerkriegs am 18. Juli 1994 und Überlegungen zur UN-Völkermordkonvention sowie zu der Schwierigkeit, angesichts des Ausmaßes der Katastrophe über Gerechtigkeit zu sprechen.

Informative Karten sind dem Buch vorangestellt. Im Anhang findet sich eine kurze Übersicht zur Geschichte und späteren erinnerungspolitischen Gestaltung der wichtigsten Gedenkstätten zum Genozid. Es folgt eine umfangreiche chronologische Übersicht über die Geschichte Ruandas von der Kolonialisierung des Landes bis hin zum Verlauf des Genozids. Der abschließende Wiederabdruck der UN-Völkermordkonvention aus dem Jahre 1948 soll in Erinnerung rufen, welche Verpflichtungen die Weltgemeinschaft 1994 gehabt hätte.

Wichtig ist das Buch nicht zuletzt, weil es auf Dokumentensammlungen beruht, die vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda in Arusha Verwendung fanden. Begrüßenswert ist, dass für die Neuauflage des Buches auch jüngere Veröffentlichungen und Archivfunde einbezogen wurden, so dass Melverns Buch in der aktualisierten Fassung unzweifelhaft als Standardwerk für einen historischen Vorgang gelten kann, der paradigmatisch das Scheitern des internationalen Anspruchs auf Genozidprävention vor Augen führt.

In der ursprünglichen Fassung basierte Melverns Arbeit wesentlich auf Dokumenten des *United Nations Department of Peacekeeping Operations* zum Einsatz in Ruanda von Oktober 1993 bis Juli 1994. In der Neuauflage kommen nun vor allem Quellen aus dem *Rwanda National Archive* und aus der privaten Materialsammlung der Autorin hinzu, so etwa Dokumente der Übergangsregierung von April bis Juli 1994, der Präfektur der Hauptstadt Kigali sowie des Büros von Präsident Habyarimana. Die Autorin äußert den Wunsch, die verwendeten Dokumente mögen in Zukunft im Rahmen eines Forschungszentrums in digitalisierter Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nichts wäre wünschenswerter als die Umsetzung eben dieses, ganz auf die Sache gerichteten Vorhabens.

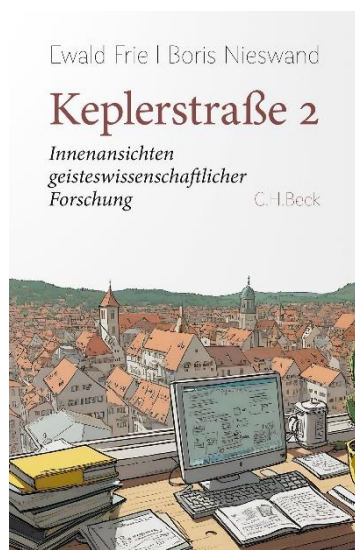
Als Ausblick auf weitere Projekte muss betont werden, dass die deutsche Forschung sich bislang weder der deutsch-ruandischen Kolonialgeschichte, noch insgesamt der Gewaltgeschichte Ruandas, die das gesamte 20. Jahrhundert durchzieht, in angemessener Weise genähert hat. Praktisch alle bedeutenden Forschungsleistungen sind in englischer oder französischer Sprache vorgelegt worden. Melverns Buch ist daher in Deutschland eine breite Rezeption zu wünschen. Das hat auch mit einer Leerstelle zu tun: Deutschland spielt in den Ereignissen im Jahr 1994 praktisch keine Rolle. Es war in der Frage nach den Modalitäten eines internationalen Eingreifens gar nicht erst in Erscheinung getreten und tritt deshalb konsequenterweise auch in Melverns Darstellung zurück.

Zusätzlich sollte neben der Beschäftigung mit Melverns Buch die Übersetzung von Klassikern der historischen Forschung aus Frankreich angestrebt werden. Dass Arbeiten von Forscher:innen wie Hélène Dumas, Jean-Pierre Chrétien, Marcel Kabanda oder Stéphane Audoin-Rouzeau nicht in deutscher Sprache vorliegen, ist verwunderlich. Dies gilt auch für den großen Korpus von autobiografischen Schriften   berlebender Tutsi, die in Kombination mit der Lektüre von Melvern eine zentrale Quelle für die weitere Forschung darstellen würden. R  v  rien Rurangwa's Lebensgeschichte, die verschiedenen Textsammlungen von Florence Prudhomme, sämtlich Romane einer Scholastique Mukasonga oder die vielen Veröffentlichungen, die in diesem Jahr in Frankreich anlässlich des 30. Jahrestags des Genozids erschienen sind, verdienen es, neben den schon auf Deutsch vorliegenden Büchern von Jean Hatzfeld und Esther Mujawayo ebenfalls in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.¹

Zitierempfehlung

Anne D. Peiter, Rezension zu: Linda Melvern, *A people betrayed. The Role of the West in Rwanda's Genocide*, Zed Books, London 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82052.pdf>> [22.1.2025].

¹ *Jean Hatzfeld*, Plötzlich umgab uns Stille. Das Leben des Englebert Munyambonwa, Berlin 2016; *ders.*, Zeit der Macheten. Gespräche mit den Tätern des Völkermordes in Ruanda, Gießen 2012; *ders.*, Nur das nackte Leben. Berichte aus den Sümpfen Ruandas, Gießen 2004; *Esther Mujawayo/Sou  d Belhaddad*, Ein Leben mehr, Wuppertal 2005.



EWALD FRIE/BORIS NIESWAND

Keplerstraße 2.
Innenansichten geisteswissenschaftlicher Forschung

C.H. Beck | München 2024
172 Seiten, Hardcover | 29,90 €
ISBN 978-3-406-82189-9

rezensiert von

DAVID KUCHENBUCH, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Im Jahr 2018 lancierte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) anlässlich des 50-jährigen Jubiläums ihrer Sonderforschungsbereiche (SFB) einen Erklärfilm im Zeichentrickstil: »Paula«, mit Laborkittel, Brille, Mikroskop und Erlenmeyerkolben als Professorin ausgewiesen, »hat eine Idee [...] – eine große Idee.« Prompt kontaktiert sie via Handy exzellente Mitstreiter ihrer Universität, um ihre Idee umzusetzen. Das Konzept wird der DFG geschickt, die in dem Video ihr mehrstufiges Begutachtungsverfahren erläutert: »Nur die Besten werden gefördert.« Paula gehört dazu: »Sie freut sich auf die [...] Forschung mit ihren Kolleginnen und Kollegen.«¹ Dass die Wirklichkeit anders aussieht; dass nicht immer die eine große Idee am Anfang eines SFB steht, und dass es meist nicht die Professor:innen sind, die die Forschung machen – das sind nur zwei der Einsichten, die das lesenswerte Buch »Keplerstraße 2« von Ewald Frie und Boris Nieswand bereithält. Es widmet sich dem historisch-soziologischen Tübinger SFB 923 »Bedrohte Ordnungen«, der von 2011 bis 2023 unter der titelgebenden Adresse angesiedelt war.

Der Historiker Frie war seit den ersten Planungstreffen an diesem SFB beteiligt und wurde später dessen Sprecher, der Soziologe Nieswand war als Vorstandsmitglied seit 2015 dabei. Die Autoren können also aus erster Hand auf eine Vielzahl an Quellen zugreifen: Terminkalender, Protokolle, Mails. Sie haben aber auch 16 Beteiligte aus verschiedenen akademischen Statusgruppen und dem nichtwissenschaftlichen Personal interviewt (wobei die Auswahlkriterien nicht näher erläutert werden). Frie und Nieswand wollen darstellen, wie die Produkte wissenschaftlicher Arbeit mit den »Arbeitsformen und dem sozialen Milieu« ihrer Erzeuger in Verbindung stehen (S. 22). Ihr nur 170 Seiten langes, sichtlich auf den breiteren Sachbuchmarkt zielendes Buch reiht sich damit ein in einen praxeologischen Trend in der Soziologie und Geschichte der Geisteswissenschaften.²

¹ DFG bewegt, Erklärfilm: Das Antragsverfahren für Sonderforschungsbereiche, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=7EtXSY9yG14> [22.1.2025].

² Steffen Martus/Carlos Spoerhase, Geistesarbeit. Eine Praxeologie der Geisteswissenschaften, Berlin 2022 (wird im überschaubaren Anmerkungsapparat bei Frie/Nieswand als *pars pro toto* für den Trend genannt).

Die Autoren beginnen im Einleitungskapitel »Erfahren« mit Entwicklungen in der europäischen und deutschen Hochschulpolitik seit der Jahrtausendwende. Es geht insbesondere um den Bedeutungszuwachs der Drittmittel und die damit verbundene effizienz- und output-orientierte Selbststeuerung von projektförmiger Arbeit im Zeichen des *New Public Management*. Die Traditionsuniversität Tübingen erfuhr durch ihr Scheitern in der Exzellenzinitiative 2006/7 gewissermaßen eine Relegation, der der Rektor mit einer Art Schocktherapie erhöhten Drucks zur Drittmittelinwerbung begegnete, was auch gute Bedingungen für eine SFB-Beantragung unter geisteswissenschaftlicher Federführung schuf. Offen rekapitulieren die Autoren im Kapitel »Planen«, dass vor allem der Wunsch, ein prestigeträchtiges Verbundprojekt an Land zu ziehen, das Motiv bildete für einen längeren, wenig systematischen Denkprozess gerade unter den neu berufenen Professoren. Dabei schälte sich mit »bedrohte Ordnungen« eine Wortkombination heraus, die das notwendige Assoziationspotential für epochen- und disziplinenübergreifende Kooperationen (die Autoren sprechen von »Reisefähigkeit«, S. 30) aufwies. Bei den beteiligten Soziologen verknüpfte sich mit ihr durchaus die Absicht, gesellschaftstheoretische Befunde, wenn nicht Orientierungswissen, zum Umgang mit Krisen zu generieren. Damit waren Spannungen mit der im SFB dominierenden, idiographisch arbeitenden Geschichtswissenschaft vorprogrammiert – Spannungen, die man zunächst in der Arbeit an Modellen und Visualisierungen bannte, bis sich eine Moderation der Erwartungen einstellte, die man bei der Beantragung der zweiten Förderphase offensiv als Revision heuristischer Vorannahmen präsentierte.

Das anschließende Kapitel »Präsentieren« ist ein Highlight des Buchs, weil es den großen strategischen Aufwand und das erhebliche Maß an Binnendisziplinierung verdeutlicht, die die Beteiligten bei der Begutachtung durch die DFG aufbrachten. Das reichte von Probebegehungen und der Selektion von für die Präsentation geeigneten Kolleg:innen bis hin zur Einübung der Blickachse zum Sprecher, der nonverbal signalisierte, wer eine Gutachterfrage idealiter beantworten sollte. Die Stimmung des nervösen Wartens auf die Gutachter:innen ist dicht dargestellt. Doch auch diese selbst standen unter dem Druck, sich als kenntnisreich zu präsentieren – vor den zu Begutachtenden wie vor den anderen Kommissionsmitgliedern. Frie und Nieswand legen nahe, dass manche »Begründungslücke« (S. 68) im DFG-Entscheidungsprozess aus sozialen (und politischen) Rücksichten bewusst nicht gefüllt werde. Das spielte in Tübingen in die Legenden hinein, die die Überlebenden der Begehung über sie erzählen, aber auch in die ex-post-Rationalisierungen der Verantwortlichen für nicht bewilligte Teilprojekte, deren stille Verabschiedung aus der SFB-internen Kommunikation die Autoren nicht übergehen.

Wer nun im Kapitel »Arbeiten« ein Eintauchen in den Forschungsalltag in der Tradition von Bruno Latours »Science in Action«³ erwartet, wird allerdings enttäuscht. Was etwa die im SFB beschäftigten Historiker im Archiv taten oder wie sie konkret schrieben, wird nur cursorisch behandelt. Tiefschürfender ist die Analyse der Formen des Investments, die sich aus den begrenzten Förderzeiträumen ergaben. Experimentierende der ersten Phase wurden in der zweiten zu Konservativen; Neuhinzugekommene amüsierten sich mit einem Begriffsbingo über floskelhafte Antragsformulierungen; Promovierende im Abschlussmodus fühlten sich bisweilen von den bereits auf ihre Nachfolger fokussierten Professor:innen im Stich gelassen. Letztere waren schon aufgrund ihrer Rolle als Lehrende am wenigsten an der empirischen Arbeit in den Projekten beteiligt, die sie dennoch nach Außen repräsentieren mussten. Der SFB fand für die verschiedenen Statusgruppen an unterschiedlichen Orten statt: für die Doktorand:innen vor allem auf den Retreats, die sie als Prüfungssituation erlebten, aber auch als Initiation in die Forschung, für die sie ungewöhnlich gute Bedingungen vorfanden. Dem stand die Erfahrung der Postdocs gegenüber, für die der SFB angesichts der langen Dauer von Habilitationsprojekten nur Teilstrecke sein konnte. Für sie war der SFB ein »Unsicherheitsraum« (S. 117): als Arbeitsplatz attraktiv, als Arbeitsverhältnis zu kurz, als Arbeitsbeziehung wenig solidaritätsstiftend.

Vielfalt und Widersprüchlichkeit zeigen sich auch in den drei letzten Kapiteln »Bewerten«, »Vollenden« und »Bilanzieren«. So wird deutlich, dass Denkbündelungen oft eher auf Basis persönlicher Sympathien entstanden; es geht um die große Spanne an Führungsstilen und um die

³ Bruno Latour, *Science in action. How to follow scientists and engineers through society*, Cambridge (Mass.) 2003 (zuerst 1987).

Verwaltung, deren mit Postkarten und Familienfotos bestückter »Maschinenraum« (S. 94) das emotionale Zentrum des SFB bildete, außerdem um Konflikte über die Bewertung von Doktorarbeiten, die um deren »Eigenanteil« an Projekten kreisten. Obwohl die Autoren mit ihrer Kritik an der Quantifizierung in der Bewertung von Wissenschaft nicht zurückhalten, trimmte der SFB gerade die Doktorand:innen auf die Generierung von Output. In der Praxis aber, so bilanzieren Frie und Nieswand, bleibe die Orientierung der Sonderforschungsbereiche am *New Public Management* allgemein gering. Es lebten in ihnen aber auch nicht einfach die Patronageverhältnisse der Ordinarienuniversität weiter. Horte des Widerstands seien sie erst recht nicht. Vielmehr lernten Nachwuchswissenschaftler:innen hier, in verschiedenen Kontexten eines zutiefst ambivalenten Wissenschaftssystems zu operieren.

Es ist den beiden Autoren – immerhin Gewinnern dieses Systems – hoch anzurechnen, dass sie alles in allem sehr nüchtern über Verhältnisse reflektieren, die auch ihr SFB reproduzierte. Dennoch bleibt am Ende der Eindruck, dass man recht zufrieden mit sich ist, weil man die Chancen voll ausgeschöpft hat, die sich – in Zeiten einer Wissenschaft in der permanenten Bewährung – im SFB für die akademische Selbstermächtigung ergaben. Nur am Rande wird angedeutet, dass die Publikationsbilanz der Leitungsfiguren – gar die Entstehung ihres Buchs selbst! – eventuell etwas mit Lehrreduktionen zu tun hatte (S. 56). Andernorts wurde die Prämierung von Drittmittelinwerbung mit Lehrbefreiung zuletzt als höchst disruptiv für die Universitäten kritisiert.⁴ Sonderforschungsbereiche werden zudem schon lange dafür kritisiert, die Zahl der Promovierten zu steigern und so die Konkurrenz um die wenigen Dauerstellen zu verschärfen.⁵ Die Verharmlosung dieses Wettbewerbs in einem anderen Imagefilmchen über eine Zeichentrickforscherin namens Hanna hat bekanntlich Proteste ausgelöst, auf die die Autoren durchaus anerkennend Bezug nehmen. Das ist insofern nicht ganz konsequent, als sich das Buch streckenweise wie ein Ratgeber für SFB-Gründer liest.

Zugleich fragt sich, ob die Autoren ihren geisteswissenschaftlichen Kolleg:innen nicht einen Bärenienst leisten im gegenwärtigen Klima politischer Anfeindungen und Sparrhetorik. So, wenn beipflichtend zitiert wird, ein SFB zeige den Kolleg:innen »dass er wertvoll gewesen ist, indem er neue Probleme anschiebt« (S. 152). Denn an anderer Stelle räumen die Autoren ein, dass der Begriff »bedrohte Ordnungen« innerwissenschaftlich nicht die erhoffte Resonanz erzeugt hat. Stolz weisen sie aber darauf hin, dass das Interesse der Öffentlichkeit umso größer war. Tatsächlich hatte der Begriff sich gerade als Entsprechung eines verbreiteten Lebensgefühls angeboten. Die öffentliche Aufmerksamkeit hatte also offenbar historische Sonderbedingungen. Nur gelegentlich schimmert durch, dass dazu eben jene Erwartung einer Orientierungsleistung in Krisenzeiten gehörte, die man aufgrund des Unbehagens vor allem der Historiker:innen an gesellschaftstheoretischer Generalisierung nicht zu erfüllen imstande war.

Zitierempfehlung

David Kuchenbuch, Rezension zu: Ewald Frie/Boris Nieswand, Keplerstraße 2. Innenansichten geisteswissenschaftlicher Forschung, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82051.pdf>> [22.1.2025].

⁴ Margit Szöllösi-Janze, Exit. Zum Wandel der Universität der Gegenwart. Vortrag an der Ludwig-Maximilians-Universität München aus Anlass des Ausscheidens aus dem aktiven Hochschuldienst am 26. Mai 2023, in: VfZ-Online – Forum, URL:

<https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahreshefte/Forum/MSzJ_Exit_final.pdf> [22.1.2025].

⁵ Ulrich Herbert, Welche Alternativen für den Wissenschaftlichen Nachwuchs, in: VHD Journal 4, 2015, S. 35-41.



LIZA SOUTSCHEK

Wissenschaftskooperation und -konkurrenz im Kalten Krieg.

Die deutsch-deutsche Dimension des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse

(Wissenschaftskulturen. Reihe III: Pallas Athene, Bd. 59)

Franz Steiner Verlag | Stuttgart 2024
344 Seiten, gebunden | 68,00 €
ISBN 978-3-515-13692-1

rezensiert von

MARTIN BEMMANN, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Das Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz charakterisiert die tägliche Arbeit von Wissenschaftler*innen und Forschungseinrichtungen. Sie prägte im Kalten Krieg aber auch die Beziehungen von Regierungen im Allgemeinen und jene der beiden deutschen Staaten im Besonderen. In dem 1972 etablierten und bis heute im österreichischen Laxenburg ansässigen Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) überschneiden sich diese drei Spannungsfelder an ein und demselben Ort. Wissenschaftsorganisationen aus West und Ost hatten das IIASA mit Rückendeckung ihrer jeweiligen Regierungen als systemübergreifendes Forschungsinstitut gegründet, um auf dem beiderseits geförderten Feld der Systemanalyse miteinander ins Gespräch und Forschen zu kommen. Da daran auch die Max-Planck-Gesellschaft und die Akademie der Wissenschaften der DDR beteiligt waren, nutzt Liza Soutschek das IIASA für empirische Tiefenbohrungen, um Motive, Rahmenbedingungen und Praxis des deutsch-deutschen Verhältnisses im Wissenschaftsbereich von den späten 1960er- bis in die 1990er-Jahre hinein auszuleuchten.

Angelehnt an Christoph Kleßmanns Konzept der »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte«¹, untersucht Soutschek das Agieren west- und ostdeutscher Politiker, Wissenschaftsorganisatoren und Wissenschaftler (Frauen spielten allenfalls eine untergeordnete Rolle) im und gegenüber dem IIASA. Dabei fragt sie in vergleichender Absicht nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Akteuren, ihren Motiven und ihrem Handeln. Aus verflechtungsgeschichtlicher Perspektive interessieren sie die Interaktionen der Vertreter beider deutscher Staaten. Und aus zeithistorischer Sicht will sie Veränderungen in diesen Bereichen bis zur ersten Hälfte der 1990er-Jahre herausarbeiten. Während Soutscheks Ergebnisse in letzterer Hinsicht nur wenig überraschen, erweitert das Buch den Kenntnisstand

¹ Christoph Kleßmann, Spaltung und Verflechtung. Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945-1990, in: Ders./Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn 2005, S. 20-37, hier S. 34.

zur Geschichte des IIASA und regt zu weitergehenden Forschungen zur Zeitgeschichte der Wissenschaftspolitik auf europäischer Ebene an.

Gestützt auf Archivalien des IIASA, der ost- und westdeutschen Wissenschaftsorganisationen, der Regierungen in Bonn, Ost-Berlin und Washington sowie auf Zeitzeugengespräche, zeigt Soutschek, dass um 1970 in beiden deutschen Staaten großes Interesse an der zuerst in den USA lancierten, aber von der Sowjetunion unterstützten Idee eines gemeinsamen Forschungsinstituts bestand. Diplomatische Motive, wissenschaftliche Neugier und der Glaube an die Gestaltungsfähigkeit planungsbasierter Politik hätten sich, so die Autorin, beiderseits der Grenze ergänzt und gegenseitig verstärkt. Im Zuge des »neuen« Kalten Kriegs in den frühen 1980er-Jahren und angesichts wachsender Skepsis gegenüber der Systemanalyse habe der Enthusiasmus in der Bundesrepublik allerdings abgenommen. In Bonn sei es am Ende der politische Mehrwert gewesen, der für die weitere Mitgliedschaft westdeutscher Organisationen im IIASA gesprochen habe. Auch in der DDR, so Soutschek, seien die Zweifel am politischen und wissenschaftlichen Nutzen des IIASA zu Beginn der 1980er-Jahre gewachsen. Doch dort habe die Orientierung des Landes an der Sowjetunion zum Verbleib der Ost-Berliner Akademie im internationalen Institut geführt. Denn Moskau, genauer gesagt der sowjetische Spiritus Rector des IIASA, Džermen Gvišiani, setzte sich vehement für den Erhalt der Einrichtung ein. Ein weiterer Punkt, hinsichtlich dessen sich die Entwicklung in Bundesrepublik und DDR unterschied, war der Grad der Wahrnehmung des politischen und wissenschaftlichen Handelns der jeweils anderen Seite. Bis weit in die 1970er-Jahre hinein, so Soutschek, sei das Agieren von Bonn und Ost-Berlin in Bezug auf das IIASA von intensiver gegenseitiger Beobachtung geprägt gewesen. In den 1980er-Jahren habe dann aber die Aufmerksamkeit westdeutscher Vertreter gegenüber Positionen und Studien ostdeutscher Akteure deutlich abgenommen. In der DDR hingegen habe das Agieren westdeutscher Politiker, Funktionäre und Wissenschaftler weiter ungeteiltes Interesse gefunden. Westdeutsche Wissenschaftler erhielten beispielsweise mehrfach Einladungen in die DDR, um ihre im Umfeld des IIASA entstandene Forschung vorzustellen. DDR-Wissenschaftler hingegen erweckten westlich der Mauer kaum Interesse. Wende und Wiedervereinigung hätten die ostdeutschen Akteure gegenüber ihren westdeutschen Kollegen dann endgültig in eine inferiore Position gebracht, aus der sie die weiteren Geschicke des IIASA kaum mehr aktiv beeinflussen konnten.

Diese und ähnliche Befunde Soutscheks sind im Einzelnen durchaus interessant, bieten für die Historiografie des deutsch-deutschen Verhältnisses aber meist wenig Überraschendes. Für die Geschichte des IIASA und seiner Verflechtungen hingegen betritt Soutschek Neuland. Das betrifft etwa die konsequente Betrachtung der Institutsentwicklung im mehrdimensionalen Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz. Dies reicht von den diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Washington bis hin zum Handeln von Wissenschaftlern in einzelnen Forschungsteams. Des Weiteren ist es begrüßenswert, dass Soutschek sich erstmals umfassend mit der »deutschen« Seite dieser Einrichtung befasst. Das Agieren und Interagieren deutscher Akteure im Rahmen des Instituts betrachtet sie teils minutiös und bis in die Alltagsgestaltung hinein. Deutlich wird unter anderem, dass ein Aufenthalt am IIASA trotz engster Kontrolle durch Staat und Partei die Handlungsspielräume für DDR-Wissenschaftler erweiterte; für sie stellte das IIASA einen Kommunikationsort mit ungekannter Freiheit dar. Diesbezüglich sind besonders Soutscheks Fallstudien zu den Ökonomen Hans Knop, Harry Maier (der einen von mehreren IIASA-Aufenthalten zur Flucht in die Bundesrepublik nutzte) und Heinz-Dieter Haustein äußerst lesenswert. Zusammen mit den Ausführungen zu Gvišiani und vor allem zum westdeutschen IIASA-Enthusiasten Wolf Häfele unterstreichen sie den Erkenntnisgewinn, den personenzentrierte und biografische Zugänge zur Geschichte transnationaler Beziehungen mit sich bringen können. Hervorzuheben ist darüber hinaus Soutscheks Analyse der deutsch-deutschen Rezeption eines der wichtigsten IIASA-Forschungsprojekte, in dem es um die Zukunft der Energieversorgung in Industriegesellschaften ging. Sie zeigt an diesem Beispiel, dass die Forschungen der multinationalen Teams in Laxenburg in politischen und wissenschaftlichen Kreisen nicht nur wahrgenommen wurden, sondern auch Relevanz entfalten konnten.

Was dem Buch fehlt ist eine Übersicht über die Beteiligung deutscher Wissenschaftler in IIASA-Projekten sowie in der Leitung und Verwaltung des Instituts. Dadurch lassen sich die wenigen Hinweise zur im Laufe der Zeit sinkende Zahl von ost- und westdeutschen Forschern am IIASA (etwa S. 166) oder zu Forschungsaufenthalten von DDR-Wissenschaftlern (etwa S. 295) nicht recht einordnen.

Anregung für weitere Forschungen bietet eine zweite ›Fehlstelle‹ der Arbeit. Höchst interessant wäre die Frage, welche Dynamik die deutsch-deutschen Beziehungen im Rahmen des IIASA dadurch gewannen, dass die Beteiligten hier auf allen Ebenen nicht in einem bilateralen, sondern in einem multilateralen Kontext agierten. Zwar verweist Soutschek darauf, dass die Akteure aus DDR und Bundesrepublik sich an den für sie jeweils ausschlaggebenden Supermächten orientierten. Aber welche Rolle Briten, Kanadier, Japaner, Franzosen, Polen, Bulgaren, Tschechen und Slowaken in diesem Rahmen spielten, bleibt weitgehend im Dunkeln. Lohnenswert wäre es zudem, Soutscheks Hinweisen auf die Abstimmungen zwischen den sozialistischen Ländern in Bezug auf ihr Handeln im IIASA nachzugehen. Spiegelten sie Versuche der Machthaber in Ostmitteleuropa wider, ihre Wissenschaftspolitik auf gesamteuropäischer Ebene zu koordinieren? Und welche Interessenskonflikte bestanden innerhalb dieser Gruppe, wenn es vorheriger Absprachen bedurfte? Soutscheks Buch regt im besten Sinne dazu an, diesen und ähnlichen Fragen im Rahmen des analytischen Spannungsfeldes von Kooperation und Konkurrenz nachzugehen.

Zitierempfehlung

Martin Bemann, Rezension zu: Liza Soutschek, Wissenschaftskooperation und -konkurrenz im Kalten Krieg. Die deutsch-deutsche Dimension des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82050.pdf>> [21.1.2025].



KARL CHRISTIAN FÜHRER

Das Fleisch der Republik.
Ein Lebensmittel und die Entstehung der modernen
Landwirtschaft in Westdeutschland 1950-1990
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 133)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2022
528 Seiten, gebunden | 74,95 €
ISBN 9783110792171

rezensiert von

GUNTHER HIRSCHFELDER, Universität Regensburg

Über die gesamte Zivilisationsgeschichte hinweg genossen tierische Proteine und Fette großes gesellschaftliches Ansehen, stellten sie doch gerade in Zeiten permanenter Kalorienunterversorgung die Achillesverse menschlicher Ernährung dar. An der Höhe des Konsums ließen sich Wohlstand und sozialer Status ablesen, und breitenwirksame Kritik an Tierhaltung und Fleischkonsum gab es nicht. Das änderte sich erst mit dem Übergang zu Massenkonsum und industrieller Tierhaltung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Fleisch wurde nun vom Symbol für Wohlstand und Gesundheit zu einer Chiffre für Umweltfrevel, Tierleid und nachlässigen Umgang mit dem eigenen Körper. Der Diskurs um die Fleischproduktion avancierte zu einer Metapher für alles, was beim Fortschritt schief läuft. Die Debatten verlaufen meist entlang den Grenzlinien zwischen karnivoren und veganen Lebensstilen sowie zwischen ressourcenverschlingenden und nachhaltigen Produktionsbedingungen. Dabei ist über die Transformation genau dieser Produktionsbedingungen im Übergang zur Massentierhaltung erstaunlich wenig bekannt.

An diese Stelle setzt das Erkenntnisinteresse des Hamburger Historikers Karl Christian Führer an, der mit seiner Studie »Das Fleisch der Republik« nun ein Grundlagenwerk zur Entstehung der Fleischwirtschaft in der Bundesrepublik vorgelegt hat. Im Fokus des Buches steht, so der Autor in der Einleitung, die Genese des »heute vielfach so heftig als ökologisch zerstörerisch und inhuman kritisierten Produktionssystem[s]« der Fleischwirtschaft (S. 1). Bereits hier wird ein normativer Tenor der Studie deutlich. Während Führer der Kritik an der Fleischproduktion breiten Raum gewährt, bleiben deren Fürsprecher auffallend stumm. Dabei war der Trend zu Effizienz und Technisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ja ein globales Phänomen und die Demokratisierung des Fleischmassenkonsums ein politisches Ziel, nicht zuletzt auch ein Instrument in der systemischen Ost-West-Konkurrenz.

Im Zentrum von Führers eher wirtschaftshistorisch als agrarhistorisch orientierten Studie stehen weder die eigentlichen Produktionsbedingungen noch der Konsum, also das Essen in seinen

kulturellen Bezügen, sondern der Fleischmarkt bzw. das Marktsystem in seiner ganzen Vielschichtigkeit, aber eben eingebunden in die Geschichte der Landwirtschaft in einem Untersuchungszeitraum von etwa 1950 bis 1990. Schwein, Rind und Huhn stehen im Zentrum, wobei auch die Jagd zumindest mitbehandelt wird, während der Export nur am Rande erwähnt wird.

Einer historischen Hinführung, die einen deutlich marktgeschichtlichen Stempel trägt, folgt im Buch zunächst eine Darlegung des Fleischkonsums. Dabei konzentriert sich der Autor auf den Konsum im ökonomischen Sinn, auf die Steigerung des Verbrauchs und spezifische Vorlieben insbesondere für Schweinefleisch. Führer spricht in diesem Zusammenhang von »hartnäckigen Traditionen« (S. 67), die er verwundert konstatiert. Hier und an anderen Stellen wäre eine stärkere Berücksichtigung kulturhistorischer Ansätze zielführend gewesen, handelt es sich beim Geschmacks- und Produktkonservatismus doch weniger um Sturheit als um einen kulturellen Reflex auf Mangel, Hunger und Kriegsschäden. Zudem geht die Studie fast durchgehend von einer homogenen Konsumentenschaft aus, so wenn etwa wiederholt die »typische deutsche Hausfrau« (z.B. S. 123) bemüht wird. Detailgetreu werden aber die Konsumsteigerungen nachgezeichnet, die zu einem erheblichen Teil von Wurstprodukten getragen wurden. Selbst die Diskussionen um Antibiotikarückstände und die oft defizitäre Qualität konnten den Vorlieben für preiswerte Schweinefleischprodukte kaum etwas anhaben. Fleisch wurde immer mehr zum stets verfügbaren und zunehmend preiswerten Alltagsprodukt, leicht zuzubereiten, sättigend und mit großer kultureller Wertigkeit versehen.

Beim anschließenden Kapitel »Fleischverkaufen« kommt die große Expertise des Autors besonders deutlich zum Tragen. Minutiös wird die Entwicklung der Vertriebsstrukturen der Fleischwirtschaft nachgezeichnet, ein Prozess, bei dem der Lebensmitteleinzelhandel und vor allen der Discounter den inhabergeführten Metzgereien zunehmend zu schaffen machten, wobei mit diesen Marktmechanismen zugleich eine Verminderung der Qualität der Fleischprodukte einherging. Dass auch die im folgenden Kapitel behandelte Modernisierung der Schlachthöfe diese Entwicklung beschleunigte, steht außer Frage. Es ließe sich aber einwenden, dass Effizienzsteigerungen ja an sich nichts Schlechtes sind, sondern sogar systemimmanent: der Markt liefert das, was die Kunden nachfragen.

Ein weiterer Abschnitt widmet sich der agrarischen Produktion. Nacheinander werden Geflügel-, Schweine- und Rinderhaltung in ihren agrarischen Bezügen diskutiert, wobei hier auch Stimmen aus der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Es ist ein Gewinn, dass Führer ein so breites Quellenspektrum inklusive der umfangreichen Fachpublizistik der jeweiligen Branchen erschlossen hat. Konzentration und Spezialisierung lauten auch in diesem Abschnitt die Stichworte, wobei deutlich aufgezeigt wird, dass gerade die Schweineproduktion recht heterogen gestaltet war. Denn während sich die Mehrzahl der Landwirte auf die Effizienzlogiken einließ, sträubten sich andere gegen Praktiken, die für das Tierwohl problematisch waren, und versuchten, gegen den Trend bessere Haltungsbedingungen zu realisieren. Gleiches galt auch für den Rindersektor; hier werden die Zwänge der Produktion mit ihrem Überangebot an Kälbern gut herausgearbeitet, während die Milchproduktion untergewichtet bleibt.

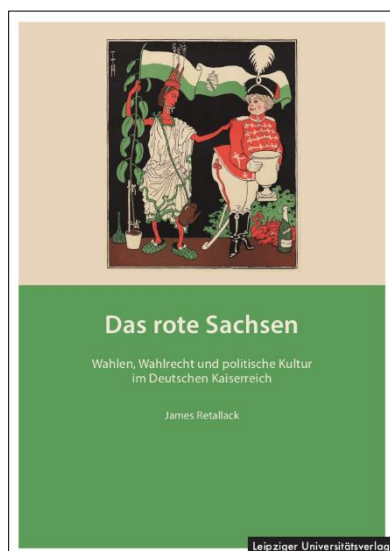
Das letzte thematische Kapitel ist dem »Scheitern der bundesdeutschen Politik in ihrem Kampf gegen die »Massentierhaltung«« (S. 457) gewidmet. Deutlich wird, wie sehr die Bundespolitik bemüht war, Familienbetriebe zu retten, etwa indem Obergrenzen für Tierbestandsgrößen in die Diskussion geworfen wurden. Gleichwohl scheiterten diese Pläne, denn die Lobby der Großbetriebe und der Industrie war zu stark. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass ein Festhalten an kleineren Betriebsgrößen höhere Marktpreise für deutsches Fleisch zur Folge gehabt und daher preisgünstigeren Importen aus dem Ausland den Weg gebahnt hätte. Letztlich gab es unter den gegebenen Rahmenbedingungen wohl kaum einen Weg, die Transformation der Landwirtschaft in Richtung auf Massenproduktion zu verhindern.

Eine pointierte Schlussbetrachtung fasst die gewonnenen Ergebnisse gut lesbar zusammen und zeigt, dass eine quellenorientierte deskriptive Herangehensweise geeignet ist, die zuletzt zahlreichen, aber bisweilen zu stark kompilierenden, agrar- und ernährungshistorischen Forschungen grundsätzlich zu erweitern. In der Summe hat Karl Christian Führer eine solide und

quellensatte Studie zur bundesdeutschen Fleischproduktion wie auch zum Fleischkonsum vorgelegt, wobei insbesondere mit der Herausarbeitung der Marktlogiken eine zentrale Forschungslücke geschlossen werden konnte. Dagegen bleiben die Konsumlogiken etwas blass, und auch eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Transformationsprozesse und der europäischen Agrarpolitik hätte die Ergebnisse zumindest rahmend noch einmal in etwas deutlicherem Licht erscheinen lassen. Gleichwohl: Hier liegt ein Standardwerk vor, an dem künftig niemand mehr vorbeikommt, der sich aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit dem zentralen und hochrelevanten Thema Fleisch beschäftigen will.

Zitierempfehlung

Gunther Hirschfelder, Rezension zu: Karl Christian Führer, Das Fleisch der Republik. Ein Lebensmittel und die Entstehung der modernen Landwirtschaft in Westdeutschland 1950–1990, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82049.pdf>> [21.1.2025].



JAMES RETALLACK

Das rote Sachsen.
Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur im
Deutschen Kaiserreich
(aus dem Englischen von Manuela Thurner)

Leipziger Universitätsverlag | Leipzig 2023
904 Seiten, Broschur | 98,00 €
ISBN 978-3-96023-472-2

rezensiert von

KARSTEN RUDOLPH, Bochum

James Retallack, der als Emeritus an der Universität Toronto lehrt, ist einer der besten Kenner der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs und der wohl bedeutendste Spezialist für die Geschichte des Königreichs Sachsen. Falls jemand auf die Idee kommen sollte, unter den angelsächsischen Historikern allein mit Christopher Clark die deutsche Geschichte zwischen 1848 und 1918 zu ergründen, dann muss ihm dringend Retallack empfohlen werden, um den falschen Eindruck zu vermeiden, dass das Kaiserreich quasi allein aus Preußen bestand. Mit dem »roten Sachsen« hat der Kanadier nun sein Opus magnum vorgelegt, dass seine jahrzehntelange Auseinandersetzung mit dem »wechselseitigen Verhältnis von politischer Modernisierung und Autoritarismus in Deutschland« (S. 3) mit einer ebenso materialreichen wie methodisch geschickt angelegten Großstudie krönt.

Eines der beiden Zitate, die Retallack seiner Einleitung voranstellt, ist ein Aperçu des britischen Dramatiker Tom Stoppard, das in dessen Stück »Jumpers« fällt: »It's not the voting that's democracy, it's the counting« (zit. nach S. 1). Damit ist der rote Faden benannt, der sich durch die 836 Seiten der Darstellung hindurchzieht, nämlich der Kampf um das sächsische Wahlrecht – ein Konflikt, der die politische Kultur Sachsens prägte wie kein anderer politischer Konflikt, der das Parteiensystem formte, gesellschaftliche Fronten zog, außerparlamentarische Bewegungen antrieb, gouvernementale Kräfte mobilisierte, aber auch über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregte und zur Nachahmung anregte. Denn spätestens der »Wahlrechtsraub« von 1896 – die Ablösung der in Sachsen 1868 eingeführten (und für die Sozialdemokratie besonders günstigen) relativen Mehrheitswahl durch ein Dreiklassenwahlrecht nach preußischem Modell – zeigte, dass der Demokratisierungsprozess in Deutschland keineswegs kontinuierlich verlief oder gar unaufhaltsam war. Tatsächlich fielen die politische Partizipation und die Durchsetzung demokratischer Rechte weit auseinander, oder – wie Retallack einleuchtend darlegt – die soziale Demokratisierung der deutschen Gesellschaft war das eine, die politische Demokratisierung das andere. Erst die Revolution von 1918/19, die dem Kaiserreich und dem Königreich Sachsen

gleichermaßen ein Ende bereitete, sorgte für die Durchsetzung der politischen Demokratie in Deutschland.

Retallack gliedert seinen Stoff in drei große Abschnitte und 14 Kapitel. Im ersten Teil, der die Ankunft und Eingliederung Sachsens in das »Bismarckreich« umfasst, wird deutlich, warum die Übertragung der Herrschaftsmittel des preußisch-deutschen Reichskanzlers auf den sächsischen Fall nicht greifen konnte. Weder mit Zuckerbrot noch Peitsche, weder mit Sozialgesetzen noch mit Sozialistengesetzen ließ sich nachhaltige Wirkung erzielen. Deswegen arbeiteten die Verteidiger des Obrigkeitsstaates nach Bismarcks Ausscheiden aus der Politik mit einem neuen Mittel: Die populistische Mobilisierung antisemitischer Ressentiments sollte die Ergebnisse an der Wahlurne zugunsten der Konservativen umkehren. Retallack arbeitet detailliert heraus, dass die sächsischen Konservativen den radikalen Antisemitismus keineswegs von rassistischen Splittergruppen adaptieren oder »zivilisieren« mussten, denn er war in ihren eigenen Kreisen weit verbreitet, so dass er nur entfesselt und angefeuert werden musste. Wahlstrategisch betrachtet ging es darum, ob eher die »Umsturzpartei« der Sozialdemokraten oder die konservativen »Ordnungsparteien« den Mittelstand erobern würden. Letztlich schien aber der Staatsstreich von oben qua Wahlrechtsreform das sicherste Mittel zu sein, wie Retallack im zweiten Teil der Studie unter der Überschrift »Krisenzeiten« erläutert. König Albert, die Staatsverwaltung und das Bürgertum nutzten das »sächsische Juwel«, das restriktive Vereins- und Versammlungsgesetz von 1850, um unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Notstands derart hart gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, dass selbst Kaiser Wilhelm II. von den sächsischen Gewaltmaßnahmen entzückt war und sie für das ganze Reich empfahl. Das »Ordnungskartell« stand – und es brauchte dazu in Sachsen nicht des aristokratischen Großgrundbesitzes, weil hier das liberale Bürgertum bei der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie mit von der Partie war.

Es ist ein großer Vorzug von Retallacks Studie, dass sie nicht nur die innerdeutschen Verhältnisse betrachtet, sondern auch deren transnationale Einbettung analysiert. Denn natürlich stellte sich die Wahlrechtsfrage auch in anderen europäischen Ländern und in Nordamerika. Doch es waren vor allem die Wahlrechtsreformen in den Nachbarländern Österreich und Belgien, die das Interesse in Deutschland weckten und für die Erarbeitung mancher Wahlgesetze Pate standen. Es war der signifikante Unterschied des Abschneidens der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen einerseits und den sächsischen Landtagswahlen andererseits – eine schreiende Ungerechtigkeit –, der die Arbeiter auf die Straße brachte und die Wahlrechtsbewegung anschwellen und nicht müde werden ließ. Es lag deswegen auf der Hand, dass die »Wahlrechtskrise« irgendwie beigelegt werden musste.

»Berechnungen«, so überschreibt Retallack den dritten Teil seines Buches, denn im frühen 20. Jahrhundert ging es den Gegnern der Demokratisierung jetzt um eine Wahlrechtsreform, die zwar die Empörung über den »Wahlrechtsraub« eindämmen sollte, ohne aber die Sozialdemokratie zum Wahlsieger zu machen. Dies sollte mit dem 1909 eingeführten Pluralwahlrecht bewerkstelligt werden, das vermögenden und höher gebildeten Männern bis zu drei Zusatzstimmen zubilligte. Das Ergebnis ließ sich sehen: Sieger der Landtagswahlen im Herbst 1909 waren die liberalen Parteien. Die Sozialdemokraten erhielten zwar mit 25 Mandaten ihren bis dahin größten Erfolg, blieben aber von einer Kammermehrheit weit entfernt. Nach dem Dreiklassenwahlrecht von 1896 hätten sie keine Handvoll Mandate errungen, nach dem Wahlrecht von 1868 hingegen 80 von 91, nach dem Reichstagswahlrecht immerhin 48 Mandate.

Trotz aller Kritik sowohl von der konservativen Rechten als auch seitens der Sozialdemokratie an dem geschickt gestrickten Pluralwahlrecht und einer manipulativen Wahlkreisgeometrie – für ein sozialdemokratisches Mandat waren über 13.000 Stimmen erforderlich, für ein bürgerliches nur 4.500 Stimmen – kam es in Sachsen erst im Oktober 1918 zu verspäteten Versuchen, die sich unübersehbar aufbauende soziale Protestbewegung über konkretere Vorstöße in Richtung auf eine parlamentarische Regierungsreform und die Gewährung eines gleichen und freien Wahlrechts einzufangen. Die von den Sozialdemokraten verlangte »ehrliche Demokratie« (S. 794) kam jedoch nicht mehr aus den Händen der Dresdner Staatsregierung, sondern mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Revolution. Schon bald sollte sich freilich zeigen, dass mit dem neuen Wahlrecht der Republik die politische (Un-)Kultur des Kaiserreichs keineswegs überwunden war.

Wer etwas über die sächsische Geschichte lernen möchte, kann mittlerweile auf zahlreiche solide Darstellungen und eine Vielzahl glänzender Spezialstudien zurückgreifen. Wer jedoch die sächsische Regionalgeschichte als Sonde zum Verständnis des Deutschen Kaiserreichs einsetzen möchte, der kommt um das inspirierende Buch Retallacks nicht herum. Erst damit wird wiederum verständlich, warum Sachsen zur Hochburg sowohl der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als auch des Antisemitismus, zum Pionierland der industriellen Revolution wie zum »Probierland« reaktionärer Eliten werden konnte. Und wer in der kontroversen Debatte um den politischen Charakter des Kaiserreichs mitreden möchte, wird erst recht zu diesem Buch greifen müssen – und dabei feststellen, dass es sich weder dem einen noch dem anderen Lager umstandslos zurechnen lässt.

Zitierempfehlung

Karsten Rudolph, Rezension zu: James Retallack, Das rote Sachsen. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82048.pdf>> [27.1.2025].



KLAUS NEUMANN

Blumen und Brandsätze.
Eine deutsche Geschichte 1989–2023

Hamburger Edition | Hamburg 2024
512 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-86854-385-8

rezensiert von

STEFANIE COCHÉ, Justus-Liebig-Universität Gießen

In »Blumen und Brandsätze« erzählt Klaus Neumann die Geschichte der Asyl- und Migrationspolitik in der Bundesrepublik seit 1989 als eine Geschichte lokaler Aushandlung. Er hat dafür bewusst zwei Fallbeispiele ausgewählt, die sich sehr voneinander unterscheiden: den Hamburger Bezirk Altona und den Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Nicht nur liegt ein Fallbeispiel in den alten und eines in den neuen Bundesländern. Es handelt sich zudem in dem einen Fall um einen Bezirk in einer Millionenstadt, in der die Hälfte der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte hat und die lange sozialdemokratisch und grün-alternativ geprägt war, während im anderen Fall ein Konglomerat aus abgelegenen Dörfern und Vororten im Dresdner Speckgürtel analysiert wird, die Hochburgen der CDU waren, bis die AfD als Konkurrentin antrat. Ziel dieser Auswahl ist es nicht repräsentative Fälle zu präsentieren, sondern die Diversität »des lokalen Umgangs mit Schutzsuchenden« abzubilden (S. 19).

Die Entscheidung für den Fokus auf lokale Aushandlungsprozesse ist in der Einleitung schlüssig begründet und erweist sich in den folgenden thematischen Kapiteln durchweg als innovativ und erkenntnisfördernd. Denn Neubauer kann detailliert zeigen, welchen Einfluss lokale Akteure und Gegebenheiten auf die konkreten Lebensumstände von Migrantinnen und Migranten hatten. Es war das Zusammenspiel von Bürgermeisterinnen und -meistern, Stadt- und Landräten und-rätinnen sowie Sozialausschüssen mit Bürgerinitiativen von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie mit Akteuren, die mit der Schaffung von Unterkünften beauftragt wurden, etwa der Landesbetrieb »Pflegen und Wohnen« in Hamburg, das konkret darüber entschied, welche Gruppen von Neuankömmlingen in welcher Zahl, in welcher Art von Unterkünften und in welchem Viertel leben durften oder mussten. So setzten in Hamburg-Altona die gutbetuchten Anwohnerinnen und Anwohner, die sich in den 1990er-Jahren rund um den Flottbeker Pfarrer Pfefferkorn organisierten, durch, dass bei ihnen im Viertel ausschließlich »Aussiedler« untergebracht wurden, nicht aber »Asylanten« aus Bosnien oder Afghanistan. Auch die Gestaltungsmöglichkeiten des Alltags und Fragen der Grundversorgung – etwa Essensbeschaffung und -zubereitung – hingen von lokalen Aushandlungen ab. Dass es in einer Unterkunft in Porschendorf in der Sächsischen Schweiz keine Kochplatten zur Selbstversorgung

gab, hing nicht nur mit Brandschutzbedenken zusammen, sondern hatte auch damit zu tun, dass »die Kantine der Unterkunft mehreren Porschendorfer Frauen einen Arbeitsplatz bot« (S. 161).

Anhand der Analyse der beiden Fälle Altona und Sächsische Schweiz kann der Autor darüber hinaus auf übergeordneter Ebene fünf Ergebnisse herausarbeiten, die wegweisend für künftige Forschungen zur Migrationsgeschichte und der Geschichte der rechten Gewalt seit 1989 sein dürften: Erstens zeigt Neumann immer wieder, und zwar für beide Vergleichsregionen über den gesamten Zeitraum, welche Bedeutung Besitz und Schichtzugehörigkeit in den Aushandlungsprozessen hatten. In Hamburg-Altona war die Sorge um eine Wertminderung der Grundstücke in den wohlhabenden Vierteln ein wiederkehrendes und durchaus erfolgreich eingesetztes Argument gegen die Einrichtung von Sammelunterkünften. In den Gemeinden der Sächsischen Schweiz speiste sich die Akzeptanz rechter Gruppierungen in der weiteren Bevölkerung auch daraus, dass in diesen lokal wohlbekannte bürgerliche Gutverdiener, etwa Ärzte und Ärztinnen, prominent mitwirkten. Zweitens arbeitet der Autor die stark differenzierende Bewertung von Migrantinnen und Migranten durch die Anwohnerinnen und Anwohner heraus. Das galt insbesondere für den Fall Altona, wo, wie bereits erwähnt, dezidiert zwischen »Aussiedlern« als sozialkompatiblen Neuankömmlingen und anderen Gruppen von Geflüchteten unterschieden wurde. In Porschendorf in der Sächsischen Schweiz ging es hingegen zumindest in den frühen 1990er-Jahren eher um die Zahl der aufzunehmenden Menschen, weniger um deren Herkunft.

Hieran anschließend ist es, drittens, ein Verdienst der Arbeit, wiederkehrende Argumentationsmuster in den Verhandlungen um die Unterbringung von Migrantinnen und Migranten herauszuarbeiten. In beiden untersuchten Fällen versuchten Akteure regionale Narrative oder Stereotype für sich zu instrumentalisieren. In Hamburg-Altona versuchten Anwohnerinitiativen einmal errungene Erfolge als unbefristete Abkommen umzudeuten, indem sie die Figur des »ehrbaren Kaufmanns« bemühten, der sein Wort nicht bricht (zit. nach S. 175). In Pirna riefen demokratische Parteien, Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Akteure dazu auf, bei rechter Gewalt nicht wegzusehen, und erinnerten zu diesem Zweck an das couragierte Engagement der DDR-Bürger und -Bürgerinnen in der Wendezeit von 1989/90. Als wiederkehrende Figur im Kontext von Protesten gegen Abschiebungen thematisiert – und kritisiert – Neumann auch die Argumentation, dass sich Einzelpersonen ein Bleiberecht gleichsam verdient hätten, etwa durch besondere schulische oder sportliche Leistungen.

Viertens zeichnet der Autor ein differenziertes Bild der Rolle unterschiedlicher Parteien. So lässt sich etwa konstatieren, dass der von der SPD geleitete Hamburger Senat nicht grundsätzlich eine »liberalere Ausländer- und Asylpolitik« (S. 396) verfolgte als die CDU-geführte sächsische Landesregierung in Dresden. Ähnliches ist, fünftens, für den Stadt-Land-Vergleich festzuhalten. Hamburg-Altona kann »nicht uneingeschränkt für ein gastfreundliches, kosmopolitisches Deutschland stehen« (S. 395) und die Sächsische Schweiz steht nicht per se für endemischen Rassismus. So initiierten auch in Pirna 1993 die Schüler und Schülerinnen des Herder-Gymnasiums und der Goethe-Schule eine Lichterkette und schon 1991 macht die Initiative »Asylbewerberdurchgangsheim Porschendorf« den Vorschlag, einige »Asylantenfamilien« dauerhaft im Dorf aufzunehmen, und war damit ihrer Zeit weit voraus. Allerdings gewann 1997 eine Band der rechtsradikalen Gruppe Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) einen von der Sächsischen Zeitung und der Sebnitzer Sparkasse gesponserten Preis bei einem musikalischen Nachwuchswettbewerb. Das war ein deutlicher Hinweis darauf, wie sehr rechte Gruppen im Gemeindeleben integriert waren.

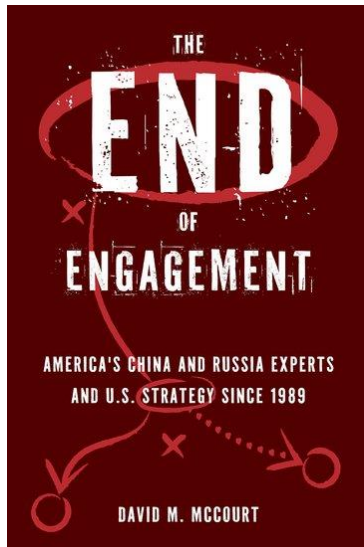
Zweifelsohne handelt es sich bei »Blumen und Brandsätze« um eine wegweisende Studie, der zu wünschen ist, dass sie möglichst breit rezipiert wird. Dennoch lassen sich drei Punkte konstatieren, die in dieser Studie nicht behandelt werden, die aber für ihre Einbettung in größere gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnbringend gewesen wären. Erstens wird eine stringente Einordnung der analysierten Argumentationsmuster in die weiter zurückreichende Geschichte des Rechtsextremismus vermisst. Zweitens spielt bei Neumann die Kategorie Gender keine analytische Rolle, auch wenn er bei bestimmten Akteursgruppen auf das männliche Geschlecht verweist. Schließlich finden, drittens, die großen Veränderungen in der medialen Landschaft und

in der alltäglichen Kommunikation seit 1989 kaum Erwähnung, obwohl es doch naheliegt, dass diese sowohl für die Tätigkeit vor Ort als auch für das Verständnis der medialen Berichterstattung zentral sein dürften.

Insgesamt trüben diese Einwände jedoch nicht den ausgezeichneten Eindruck, den die Studie hinterlässt. Das Buch verfolgt einen originellen Ansatz, ist durchweg gutgeschrieben und regt zum Weiterdenken an.

Zitierempfehlung

Stefanie Coché, Rezension zu: Klaus Neumann, Blumen und Brandsätze. Eine deutsche Geschichte 1989–2023, Hamburger Edition, Hamburg 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82047.pdf>> [21.1.2025].



DAVID M. MCCOURT

The End of Engagement.
America's China and Russia Experts and U.S. Strategy
since 1989

Oxford University Press | Oxford 2024
320 Seiten, Hardcover | £64.00
ISBN 9780197765203

reviewed by

STEFAN MESSINGSCHLAGER, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

David M. McCourt's »The End of Engagement« offers a groundbreaking reinterpretation of the United States foreign policy towards China and Russia in the post-Cold War period. At its core, the book examines two divergent trajectories: on the one hand, the strategic shift in policy towards China from »engagement« – a policy designed to integrate China into a rules-based international order through economic interdependence – to »strategic competition« and, on the other hand, the continuity of U.S. policy towards Russia, rooted in the doctrine of containment. Departing from conventional narratives that emphasize external factors like China's military assertiveness or Xi Jinping's authoritarian consolidation, McCourt focuses on the internal dynamics of epistemic communities in the United States. Ideological divisions, institutional rivalries, and personal conflicts within expert networks, he argues, played a decisive role in shaping U.S. strategic decisions, often more so than external provocations.

Based on over 170 interviews with policymakers, scholars, and members of leading think tanks, McCourt's study provides a richly empirical and conceptually innovative examination of how expert networks shape foreign policy. By portraying these communities as active drivers of change, the book challenges traditional accounts of U.S. foreign policy-making, highlighting the role of internal contestations in steering strategic transformations. The book is organized into three parts: the first part investigates the ideological and institutional foundations of the policy of »engagement«; the second part examines polarization within the China-policy community, showing how fragmentation hastened the shift towards the policy of »strategic competition«; finally, McCourt compares the United States political strategies towards China and Russia, arguing that the cohesion of the Russia-policy community ensured continuity, while the divisions within the China-policy community precipitated a paradigm shift.

In the first section, McCourt examines the ideological and institutional foundations of the engagement policy, demonstrating that it was more than a pragmatic tool for managing U.S.-China relations. Engagement embodied a comprehensive paradigm rooted in the conviction that economic liberalization would inevitably catalyze political democratization. This belief,

entrenched in U.S. foreign policy for decades, culminated in China's accession to the World Trade Organization (WTO) in 2001. Politically and economically transformative, this milestone was championed by figures like Robert Zoellick, who saw China's integration into the global economy as pivotal for its political transformation and adherence to a rules-based order.

While engagement initially appeared promising, McCourt highlights how, by the 2000s, skepticism about its assumptions began to mount. Whereas diplomats such as J. Stapleton Roy continued to champion the policy as indispensable, critics – labelled by McCourt as »strategic competitors« – argued that China exploited economic liberalization to enhance its power while avoiding political reform. Figures like Michael Pillsbury, whose book »The Hundred-Year Marathon« argued that China pursued long-term strategies to outmaneuver the United States, were supported by think tanks such as the Hudson Institute. This critique struck at the heart of engagement's foundational assumption: that economic integration would foster convergence with democratic norms and values. As McCourt shows, the »engagers« – a tightly connected network of diplomats, academics, and think tank professionals – initially maintained their dominance in the foreign policy discourse despite growing criticism. Institutional ties, particularly with the Council on Foreign Relations, reinforced the engagement paradigm while marginalizing dissenting voices. McCourt convincingly argues that these networks, while upholding the policy, also deepened ideological rifts, laying the groundwork for the polarization of the China-policy community and the eventual shift toward a confrontational strategy.

The second section builds on this argument by examining the growing ideological fractures within the China-policy community. McCourt convincingly argues that the shift to »strategic competition« was driven less by external developments – such as China's military expansion or assertive economic policies – than by internal dynamics, including ideological divides, institutional rivalries, and personal conflicts within epistemic communities. A defining moment in this realignment was the Trump administration's 2017 National Security Strategy, which explicitly identified China as a systemic rival. This document marked a definitive break from engagement's premises, reflecting the culmination of long-standing ideological battles within expert networks. Central to this shift was former journalist and now security adviser Matthew Pottinger, who brought unique insights into his new role from his time as a correspondent in China. Pottinger's efforts extended beyond advocating a confrontational stance; he actively worked to consolidate support for this position within institutional networks by aligning with prominent think tanks such as the American Enterprise Institute (AEI) and the Hudson Institute, thereby facilitating the institutionalization of the »strategic competition« narrative. McCourt further shows how public interventions, notably the publication of open letters in 2019 and 2020 by prominent academics, analysts, and former diplomats, crystallized the ideological rifts within the China-policy community. Rather than merely reflecting existing divides, these interventions acted as turning points, intensifying debates and marginalizing the voices of »engagers«.

In the third section, McCourt examines the remarkable continuity of U.S. policy towards Russia, contrasting it with the sharp strategic rupture in China policy. McCourt argues that the relative stability of U.S.-Russia relations was rooted in the cohesion and ideological consensus within the Russia-policy community. Unlike the China-policy community, which was plagued by polarization and institutional rivalries, the Russia-focused epistemic network maintained a unified framework that enabled a strategy of containment and damage control, even in response to significant geopolitical challenges such as Russia's 2014 annexation of Crimea. McCourt identifies two primary factions within this community: the pragmatic »Russia-We-Havers«, who prioritized cooperation on shared global challenges, and the more confrontational »Russia-We-Wanters«, who sought regime change in Moscow. Figures like Fiona Hill, who held senior roles on the National Security Council under both the Bush and Trump administrations, exemplified the pragmatic approach, advocating collaboration with Moscow on critical issues like nuclear non-proliferation. By contrast, prominent critics like Anne Applebaum championed a more adversarial stance, emphasizing the existential threat posed by Russia to Western democracies. However, McCourt shows how the Russia-policy community's small size and institutional coherence fostered consensus-driven policymaking despite these internal differences. This structural unity

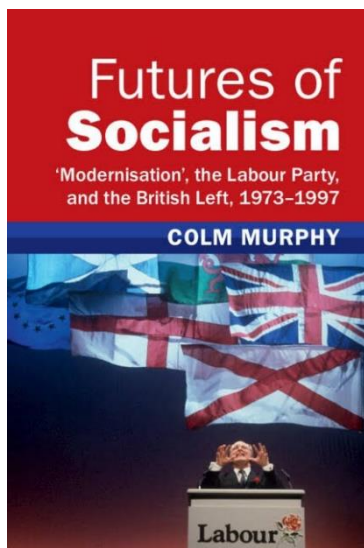
ensured that containment remained the guiding principle of U.S.-Russia policy, avoiding the ideological fragmentation that characterized U.S.-China relations. McCourt aptly describes this enduring stability as »policy stasis«, grounded in the consistent perception of Russia as a geopolitical adversary rather than a potential partner in a rules-based international order.

David M. McCourt's »The End of Engagement« offers a profound and intellectually stimulating reinterpretation of U.S. foreign policy toward China and Russia in the post-Cold War period. By shifting the focus from external drivers such as rising authoritarianism or changing power dynamics, and instead foregrounding the internal dynamics of epistemic communities, McCourt provides valuable insights into the interplay between ideological rivalries and institutional stability in shaping strategic policy. Yet, while McCourt's methodological approach allows for a richly detailed account, it also raises questions about its empirical limitations. By relying heavily on interviews, McCourt may overestimate the explanatory power of epistemic communities in driving U.S.-China policy, potentially underplaying broader structural factors. Future historical research drawing on a more diverse range of sources may be able to provide further context for the recalibrations identified by McCourt.

Despite this small reservation, »The End of Engagement« stands as a landmark contribution to the study of U.S. foreign policy. Its sociological lens challenges established narratives, providing nuanced insights into the intersections of expertise, power, and international strategy. For scholars, policymakers, and readers seeking a deeper understanding of the mechanisms shaping policy decision-making, McCourt's work is both essential and thought-provoking, opening new avenues for exploring how epistemic communities influence the architecture of global relations.

Zitierempfehlung

Stefan Messingschlager, Rezension zu: David M. McCourt, *The End of Engagement. America's China and Russia Experts and U.S. Strategy since 1989*, Oxford University Press, Oxford 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82046.pdf>> [22.1.2025].



COLM MURPHY

Futures of Socialism.

»Modernisation«, the Labour Party, and the British Left,
1973-1997

(Modern British Histories)

Cambridge University Press | Cambridge 2023

320 Seiten, gebunden | £85.00

ISBN 978-1009278812

rezensiert von

FLEMMING FALZ, Kulturwissenschaftliches Institut Essen

Was war »New Labour«? Wer waren die »Modernisierer«? Nicht nur Journalisten, sondern auch Geistes- und Sozialwissenschaftler haben sich darüber in Echtzeit den Kopf zerbrochen – und auch bald laut gestritten. Zugespitzt standen sich dabei schon in den 1990er-Jahren zwei Lager unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite waren da die Kritiker, die die »Modernisierung« als Abkehr von zentralen Werten und Traditionen der Sozialdemokratie interpretierten und diese bisweilen als Kapitulation gegenüber dem Neoliberalismus brandmarkten. Viel war hier von Experten, Spin-Doktoren und Karrieristen die Rede: von Anthony Giddens, Peter Mandelson, Gordon Brown und natürlich Tony Blair. Auf der anderen standen die eher affirmativen Beobachter, die »New Labour« als Projekt der Anpassung der Sozialdemokratie an sich fundamental wandelnde gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegebenheiten betrachteten; in ihren Augen handelte es sich zwar um eine schwierige Neuorientierung, aber letztlich sei diese angesichts von Globalisierung, Strukturwandel und gesellschaftlicher Individualisierung unvermeidlich gewesen. Auch hier tauchte derselbe kleine Personenkreis prominent auf – nur in gegensätzlicher Schattierung als durchsetzungsstarke, »moderne« Sozialdemokraten.

Mit dem Abstand von drei Jahrzehnten ist mittlerweile klar erkennbar, dass beide Erzählungen in den politischen Kämpfen ihrer Zeit gefangen waren, ja, dass es sich in beiden Fällen um teleologische Muster handelte: »betrayal« versus »salvation« (S. 15). Diese Beobachtung zum Forschungsstand bildet den Ausgangspunkt von Colm Murphys geschichtswissenschaftlicher Dissertation. Sie kehrt die Blickrichtung um: Nach den »Modernisierern« sucht Murphy nicht vom Ende her, sondern er will die Modernisierungsdebatten aus ihrer eigenen Zeit heraus rekonstruieren. Dieses Ziel verfolgt er mit einem breit angelegten Forschungsansatz: Die Untersuchung setzt zeitlich bereits in den späten 1970er-Jahren an und erklärt potenziell alle Debatten, die sich um »modern socialism« oder »modernisation« drehten, zu ihrem Gegenstand. In den Blick kommen dadurch bei Murphy nicht weniger als ein halbes Dutzend politischer Themenkomplexe, die in drei Teilen abgearbeitet werden: Globalisierung und Mitbestimmung, Gender und Race, Verfassungsreform und Wirtschaftspolitik. Für dieses umfangreiche Programm hat er Bestände in acht Archiven gesichtet, Interviews mit seinen wichtigsten Protagonistinnen

und Protagonisten geführt und einen umfassenden Korpus zeitgenössischer Literatur und Presseerzeugnisse ausgewertet.

Murphy ist ein empirisch überaus gesättigtes Panorama der linken Diskurslandschaft in Großbritannien in den 1980er- und 1990er-Jahren gelungen, auf dem die vielen Pfade und unterschiedlichen Orte der Erneuerung – »the multiple and often competing discourses of ›modernisation‹ and ›modern socialism‹« (S. 19) – erkennbar werden. Dieses Bild zeigt: Der Weg zu »New Labour« war nicht geradlinig und schon gar nicht vorgezeichnet oder alternativlos. Auch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gab es noch »Futures of Socialism«. Murphy zeichnet minutiös etwa die kreative Weiterentwicklung von Ideen zu wirtschaftlicher Mitbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation nach, führt in die Debatten über multinationale Unternehmen, staatliche Handlungsfähigkeit und die daran geknüpfte Europafrage ein und beschreibt die linken Diskussionen über eine »moderne« Verfassung für Großbritannien. Diese Empirie dekonstruiert gewissermaßen die Selbstvermarktung von »New Labour« und seinen Sympathisanten: Schon in den 1980er-Jahren konnte bestenfalls eine Minderheit auf der Linken zutreffend mit dem Etikett »Old Labour« bezeichnet werden. Oder anders formuliert: Die britische Linke und Labours linker Parteiflügel sind allein mit dem Verweis auf Tony Benn als Anführer der »hard left« nicht erschöpfend beschrieben. Die Hauptrollen spielen bei Murphy dementsprechend Figuren, die zumindest der historischen Forschung bisher eher unbekannt waren: Bryan Gould, Frances Morrell, Patricia Hewitt, David Blunkett.

Noch größere Brisanz hat allerdings Murphys zweiter zentraler Befund: Er kann zeigen, wie unmittelbar »New Labour« aus den linken Selbstverständigungsdebatten der 1980er- und 1990er-Jahre schöpfte. Das galt für viele Vorstellungen der im Mai 1997 ins Amt gekommenen Regierung Blair, und bisweilen auch für ihre Prioritätensetzung. Der neugeschaffene Posten des »Minister for Women« etwa war keine geschickte PR-Aktion, sondern reflektierte ein zu diesem Zeitpunkt bereits fest etabliertes »gendered reading of ›modernisation‹« (S. 125). Statt auf Deindustrialisierung und den »decline of the working class« hob diese Lesart von Modernisierung auf die Tatsache ab, dass gleichzeitig der Anteil der weiblichen Beschäftigten kontinuierlich anstieg, die Wirtschaft also zunehmend »feminisiert« wurde. An dieser Akzentuierung des Strukturwandels hatte die Feministin und erste Inhaberin des neuen Ministeramts, Harriet Harman, seit den 1980er-Jahren intensiv mitgearbeitet. Auch die grundlegende Skepsis von »New Labour« gegenüber dem intervenierenden, ordnenden und sorgenden Nationalstaat war den linken Debatten der 1980er- und 1990er-Jahre alles andere als fremd, sei es als Einsicht in die (vermeintliche) Überforderung des Staats gegenüber einem globalisierten Kapitalismus, als Kritik an der normierenden und diskriminierenden Wirkung eines bürokratisch-paternalistischen Zentralismus, oder als diffuse Oppositionshaltung gegenüber einer der bedürfnisgeleiteten Ermächtigung des Individuums im Weg stehenden Institutionenordnung.

Murphy korrigiert und verkompliziert also aus diskursgeschichtlicher Perspektive in grundlegender Weise das in der Forschung existierende Bild von »New Labour« und der sozialdemokratischen »Erneuerung« seit den 1980er-Jahren – und führt damit nicht zuletzt die eingangs kontrastierten Erzählungen von »betrayal« versus »salvation« ad absurdum. So eindrucksvoll das ist, hat die Arbeit allerdings auch Schwächen. Sie leidet bisweilen an genau dem, was sie auszeichnet: ihrer enormen Breite. Die thematische Gliederung entlang der vielen untersuchten Diskurse erschwert dem Leser die chronologische Orientierung und verstellt mancherorts gerade den Blick auf den übergreifenden zeithistorischen Wandel und seine wichtigsten Bruchstellen. Damit korrespondiert der Umstand, dass der Autor immer wieder hinter seinem eigenen Anspruch, »to move beyond discourse« (S. 274), zurückbleibt. So reißt Murphy an vielen Stellen den nötigen Kontext nur an oder geht nur in gesonderten Abschnitten und eher cursorisch auf ihn ein. Für die Herkunft und Prägung seiner zentralen Protagonisten interessiert er sich eigentlich nicht.

Warum das ein Problem ist, lässt sich etwa an Beispielen aus dem ersten Kapitel über »Modernisation, Globalisation, and European Integration« illustrieren. Zwei von Murphys wichtigsten Protagonisten sind hier die bereits genannte Frances Morrell sowie der Ökonom und spätere Europapolitiker Stuart Holland. Beide waren für den diskursiven Registerwechsel im

wirtschaftspolitischen Denken der Labour Party – vom Nationalen zum Supranationalen bzw. Europäischen – bedeutend und stellen wegen ihrer eigenen deutlichen Positionswechsel besonders interessante Untersuchungsobjekte dar. Über beide erfährt der Leser in biografischer Hinsicht allerdings nur Bruchstückhaftes. Murphy erwähnt, dass Morrell ein Ruf als »power broker« vorausseilte; bis es zum Bruch kam, war sie zudem eine der engsten Vertrauten Tony Benns. Und Holland war in den 1960er-Jahren ein Berater von Harold Wilson. Bei Murphy treten beide allerdings hinter ihren Texten zurück und bleiben als handelnde Akteure mit Vorprägungen, Interessen und eigenem Antrieb blass. Gleiches gilt auch für den historischen Hintergrund der betreffenden Debatte selbst. So lernt der Leser wenig über die globalisierte Wirtschaft der multinationalen Unternehmen jenseits der politischen Traktate von Holland, Morrell und anderen. Auf der Flughöhe der »Modernisierer« gleichsam mitreisend, kommt auch bei Murphy kein einziges Unternehmen namentlich vor, und schon gar nicht unterzieht er die Grundannahmen der Debatte einer Probebohrung. Dabei meldeten an diesen schon einige Zeitgenossen ihre Zweifel an. In einer von Murphy immerhin zitierten Streitschrift hatte etwa Jim Tomlinson bereits als junger Historiker 1988 das Ausmaß der Globalisierung sowie die Bedeutung der »multinationals« für die staatliche Handlungsfähigkeit historisch relativiert.¹

Diesen Widersprüchen nachzugehen, hätte wohl nicht nur im Lichte heutiger Kenntnisse gelohnt. Ohne damit eine irgendwie »reale« Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Politikgeschichte gegen den diskursgeschichtlichen Ansatz Murphys ins Feld führen zu wollen, hätte eine solche historisch-empirische Arbeit am Kontext es erst wirklich ermöglicht, die zeitgenössischen Debatten zu erden und so vom »wie« zum »warum« linker bzw. sozialdemokratischer »Erneuerung« vorzustoßen. Weil dies insgesamt zu selten geschieht, kann man sich in Murphys brillanter und viele Einsichten liefernden Analyse des linken Debattengewirrs der 1980er- und 1990er-Jahre leider auch verheddern.

Zitierempfehlung

Flemming Falz, Rezension zu: Colm Murphy, *Futures of Socialism. »Modernisation«, the Labour Party, and the British Left, 1973–1997*, Cambridge University Press, Cambridge 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82045.pdf>> [27.1.2025].

¹ Jim Tomlinson, *Can Governments Manage the Economy?*, London 1988.



DANIEL TRABALSKI

Weg vom Fenster.

Die Staublunge der Ruhrbergleute zwischen wissenschaftlicher Entdeckung, betrieblicher Regulierung und gesellschaftlichem Vergessen in der Bundesrepublik
(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 258)

Franz Steiner Verlag | Stuttgart 2023
241 Seiten, gebunden | 62,00 €
ISBN 978-3-515-13355-5

rezensiert von

JOANA BAUMGÄRTEL, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Daniel Trabalskis Monografie »Weg vom Fenster« behandelt in umfassender Weise die Staublungerkrankung Silikose in ihren historischen, sozialen, politischen und kulturellen Kontexten innerhalb der Bergbaugesellschaft des Ruhrgebiets in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Es stehen also nicht so sehr die medizinischen Aspekte der Krankheit im Mittelpunkt, sondern das soziale Netz, dass durch institutionelle und staatliche Regelungen sowie deren Aushandlungen zwischen den Akteuren entstand. Im Diskurs über die Silikose, eine Berufskrankheit von Bergarbeitern, sowie deren Prävention und Behandlung standen sich zwei Gruppen mit meist unterschiedlichen Interessen gegenüber: einerseits die sozial orientierte Bergarbeiterschaft, vertreten durch gewerkschaftliche Institutionen, und andererseits die wirtschaftlich orientierten Bergbauunternehmen, wohingegen die medizinischen Akteure meist eine vermittelnde Rolle zwischen beiden Lagern innehatten.

Trabalski versucht diese Konflikte und Verlagerungen im Diskurs über die Staublungerkrankung mit Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medizin zu verknüpfen und somit eine »Fallstudie für eine Wissensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte« (S. 21) zu schreiben. Damit füllt er eine Forschungslücke und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet. Darüber hinaus knüpft seine Arbeit an zahlreiche weitere Bereiche der Sozial- und Kulturwissenschaften an, wie zum Beispiel die Unfall-, Technik-, Alltags- und Diskursgeschichte, was sowohl Vorteil als auch Nachteil der Studie ist. Obwohl der Autor aus einem breiten Repertoire an theoretischen Konzepten und Begriffen – wie zum Beispiel dem Machtbegriff oder dem Begriff der *agency* – schöpfen kann, kann er dem Anspruch einer vollständigen Betrachtung nicht gerecht werden. Trabalski stützt sich auch auf ein breites und diverses Repertoire an Quellen, wobei insbesondere die Vielzahl an Zeitungsartikeln mit verschiedenen Zielgruppen sowie die persönlichen Briefe von Betroffenen und deren Angehörigen in den Beständen der 2023 geschlossenen Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger (sv:dok) zu nennen sind.

Der Titel der Studie, »Weg vom Fenster«, ist in doppelter Hinsicht passend gewählt. Einerseits verweist er auf die Redewendung, die für Bergleute verwendet wurde, die aufgrund ihrer Silikoseerkrankung als invalide galten und daheim oft an ihren Fensterbänken saßen, um frische Luft zu schnappen und am Leben außerhalb der eigenen vier Wände teilzuhaben. Wenn diese Bergleute dann verstarben, hieß es, sie seien »weg vom Fenster«. Andererseits spiegelt der Titel auch die Entwicklung der Diskursgeschichte wider, da die Silikose heute nahezu vollständig aus der Erinnerungskultur der Bergbauindustrie verschwunden ist. In den Diskurswelten der Bergbaugesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die Gefahr einer Erkrankung an Silikose ein ständiger Begleiter der Bergarbeiter war, wäre diese Entwicklung unvorstellbar gewesen. Aus diesem Grund fragt der Autor in seiner Studie nach den Mechanismen der Wissensgenerierung im Reden über die Silikose. Wie zirkulierte das Wissen über die Staublungenkrankheit in den Öffentlichkeiten? Wer waren die Gatekeeper dieses Wissens und wie wurden jene Akteure wahrgenommen? Wie wandelten sich deren Selbst- und Fremdbilder? Methodisch werden Akteure auf einer Makro-, einer Meso- und einer Mikroebene unterschieden, was sich auch in der Gliederung des Buches widerspiegelt. Wenngleich die Studie eher den Ansatz einer Geschichtsschreibung »von oben« nutzt, wird im letzten Kapitel auch versucht, eine Geschichte »von unten« zu erforschen, was sich aber aufgrund mangelnder Quellen als schwierig erweist. Nichtsdestotrotz ist die methodische Herangehensweise insofern interessant, als sie es erlaubt, vor dem Hintergrund der Politisierung der Staublungenerkrankung – denn die Silikose wurde als »Sinnbild der sozialen Probleme der Bergarbeiterschaft« (S. 65) im Ruhrgebiet in den Nachkriegsjahrzehnten zunehmend als Politikum betrachtet – das Zusammenspiel berufsgenossenschaftlicher, gewerkschaftlicher und staatlicher Akteure zu analysieren.

Diesen akteurszentrierten Ansatz breitet Trabalski nebst Einleitung und Schlusskapitel in vier inhaltlichen Kapiteln aus. Das auf die Einleitung folgende Kapitel »Von der Entdeckung zum Vergessen der Staublung« behandelt die öffentlichen Debatten um die Silikose auf der Makroebene. Zentrale Akteure sind hier unter anderem die Industriegewerkschaft Bergbau, die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung und später dann der Steinkohlenbergbauverein. Als Quellenmaterial nutzt der Autor hier vor allem Zeitungen und Zeitschriften wie das Gewerkschaftsorgan »Die Bergbauindustrie«, die Neue Volkszeitung, die Westfälische Landeszeitung oder die Westdeutsche Allgemeine. Diese Printmedien fungierten mit Beiträgen unter Titeln wie »Kampf gegen den weißen Tod« oder »Kampf gegen den schleichenden Bergmannstod« (S. 45) als mediale Katalysatoren für das Narrativ von der Silikose als »Schicksalskrankheit der Bergleute« (S. 50). Gleichwohl zeigt der Autor, dass der Diskurs nicht allein auf medialer und politischer Ebene stattfand, sondern auch auf wissenschaftlicher, kollektiver und individueller Ebene.

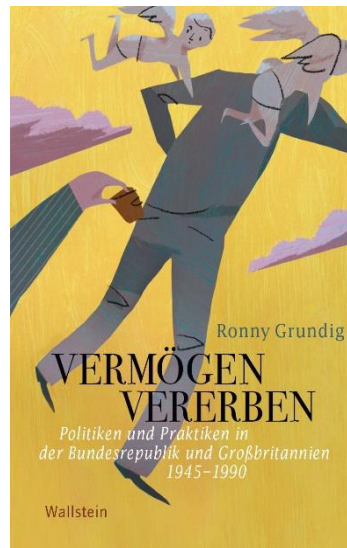
Das dritte Kapitel »Hierarchien und Wechselverhältnisse der Wissensgenese und des Wissenstransfers« und das vierte Kapitel »Die betriebliche Prävention in der Praxis« befassen sich mit der Perspektive von medizinischen Experten und deren Wissensgenerierung, die stark an die ihnen zugeordneten Institutionen, beispielsweise die Hauptstelle der Staubbekämpfung der Bergbau-Berufsgenossenschaft, geknüpft war. Die enge Verknüpfung hatte zur Folge, dass es zu einer Hierarchisierung von Wissen »von oben nach unten« kam und damit auch zu einem Machtgefälle zwischen den Akteuren. Zudem beschreibt Trabalski den zunehmenden Bedeutungsverlust der medizinischen Ursachenforschung der Krankheit gegenüber einer betrieblichen Präventionspraxis, bei der die Risikofaktoren im Mittelpunkt standen, was die grundsätzliche Frage aufwarf, ob die Silikose zuvörderst ein medizinisches Problem oder eine technische Herausforderung war. Die Präventionsmaßnahmen konzentrierten sich auf die gesundheitliche Aufklärung der Bergleute beispielsweise durch Filmvorführungen, Informationsveranstaltungen und Ausstellungen zu der Berufskrankheit. Daneben standen die in Kapitel vier geschilderten medizinischen Mittel, wie zum Beispiel die sogenannten »Gesundheitshäuser«, die von der Berufsgenossenschaft auf den Zechen errichtet wurden und medizinische Versorgungs- und Beratungsangebote für die Belegschaft boten. Außerdem ermöglichten es der medizinische und technische Fortschritt, mithilfe von Staubmessungen und neuen Datenerfassungssystemen eine umfassendere Analyse der Risikofaktoren vorzunehmen.

Das fünfte Kapitel »Entschädigungspraxis und Krankheitserfahrung« versucht auf der Mikroebene die individuelle Perspektive der Bergleute im Ruhrgebiet darzustellen. Trabalski betont an dieser Stelle erneut die schwierige Quellenlage. Da die Silikose als Erkrankung »unmittelbar körperlich erfahrbar und emotional besetzt« war (S. 185), wäre sie potenziell ein hervorragend geeignetes Forschungsfeld für die Methoden der Oral History und der Emotionsforschung. Da jedoch gerade die bergmännischen »Akteure der vierziger bis siebziger Jahre« (S. 191) nicht mehr für Interviews zur Verfügung stehen, muss Trabalski für die Betrachtung dieser Geschichte »von unten« andere Quellen heranziehen. Als Ausgangspunkte der Analyse dienten ihm zum einen Versichertenakten, die die Konflikte zwischen den Bergleuten und der Berufsgenossenschaft als Sozialversicherungsträger dokumentieren. Hervorzuheben ist, dass hierbei nicht nur die Schicksale von männlichen Bergarbeitern, sondern auch die ihrer Familienangehörigen, vor allem der Ehefrauen, in den Blick kommen. Zum anderen nutzt er auch die Ergebnisse der Forschungen des Soziologen Carl Jantke über die sozialen Arbeitsverhältnisse von Bergarbeitern im Ruhrgebiet aus den 1950er-Jahren.

Zusammenfassend ist vor allem Trabalskis Herangehensweise an die Betrachtung der Akteure zu betonen. Die Studie über die Staublunge der Ruhrbergleute basiert auf der Annahme, dass die Handlungen der Akteure, die Prozesse beispielsweise der medizinischen Forschung und der betrieblichen Regulierungen sowie die gesellschaftlichen Diskurse nicht als kausale Abfolgen verstanden werden können, sondern wechselseitig miteinander verschränkt waren. Es gab also keine klare, lineare Ursache-Wirkung-Beziehung. Trabalskis Anspruch, eine Geschichte »von unten« zu schreiben, kann seine Studie nur teilweise einlösen. Stattdessen liegt die Stärke seiner Arbeit in der breiten Perspektive, die sie eröffnet. Das Buch zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass es einen umfassenden Überblick über die beteiligten Akteure und die vielfältigen Dimensionen der Staublunge als sozialpolitisches Thema bietet. Dadurch wird weniger der Alltag der Betroffenen im Detail beleuchtet als vielmehr die komplexen Zusammenhänge und Dynamiken, die das Thema prägen. Es wäre interessant gewesen, neben dem Ruhrgebiet noch weitere Bergbauregionen im selben Zeitraum zu betrachten. Eine interessante Vergleichsregion wäre etwa das Saargebiet gewesen, dessen Bergbau in jener Zeit verstaatlicht war und daher über ein noch enger gestricktes soziales Netz zwischen Politik und Bergverwaltung verfügte.

Zitierempfehlung

Joana Baumgärtel, Rezension zu: Daniel Trabalski, Weg vom Fenster. Die Staublunge der Ruhrbergleute zwischen wissenschaftlicher Entdeckung, betrieblicher Regulierung und gesellschaftlichem Vergessen in der Bundesrepublik, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82044.pdf>> [20.1.2025].



JÜRGEN DINKEL

Alles bleibt in der Familie.

Erbe und Eigentum in Deutschland, Russland und den USA seit dem 19. Jahrhundert
(Industrielle Welt, Bd. 104)

Böhlau Verlag | Köln 2023
482 Seiten, gebunden | 65,00 €
ISBN 978-3-412-52893-5

RONNY GRUNDIG

Vermögen vererben.

Politiken und Praktiken in der Bundesrepublik und Großbritannien 1945-1990
(Geschichte der Gegenwart, Bd. 28)

Wallstein Verlag | Göttingen 2022
340 Seiten, gebunden | 32,00 €
ISBN 978-3-8353-5169-1

rezensiert von

EVA MARIA GAJEK, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Der Erbstreit um das Vermögen des deutschen Unternehmers Erwin Müller, Gründer der Drogeriekette Müller, sorgte im Sommer 2024 für erhebliches Aufsehen und zeigte eindrucksvoll, wie komplex und emotional aufgeladen Erbschaftsangelegenheiten sein können – selbst schon zu Lebzeiten. Müller, dessen Drogeriemarkt-Imperium zu den größten in Europa zählt, besitzt ein beträchtliches Vermögen, dessen zukünftige Verteilung zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Familie führte. Diese Streitigkeiten drehten sich nicht nur um finanzielle Ansprüche, sondern offenbarten tiefere familiäre Konflikte, die das anstehende Erbe weit über den monetären

Wert hinaus belasteten. Die innerfamiliäre Konfliktsituation wurde zusätzlich durch zahlreiche prominente Stellungnahmen in der Öffentlichkeit verstärkt, die sowohl von traditionellen Vorstellungen von Erbschaft als auch von modernen Ansprüchen an Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geprägt waren. Der Fall Erwin Müller zeigt damit nicht nur deutlich, wie Erbschaften und vor allem das Erbrecht familiäre Beziehungen bereits zu Lebzeiten belasten können, sondern zugleich auch wie Erbkonflikte geeignet sind, die bestehende soziale Ordnung sowohl zu festigen als auch infrage zu stellen. Erbschaft und Familie sind als Schlüsselthemen tief in die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen von Gesellschaften eingebettet.

Es ist fast verwunderlich, dass diese Themen von der zeithistorischen Forschung bislang kaum intensiver untersucht wurden. Zwei kürzlich veröffentlichte und ausgesprochen gut lesbare Studien widmen sich nun aber diesem Desiderat, das gerade im Zusammenspiel beider Arbeiten das große Potenzial des Themenfeldes deutlich macht: Jürgen Dinkels Habilitationsschrift »Alles bleibt in der Familie. Erbe und Eigentum in Deutschland, Russland und den USA seit dem 19. Jahrhundert«, veröffentlicht in der Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte im Böhlau Verlag, und Ronny Grundigs Dissertation »Vermögen vererben. Politiken und Praktiken in der Bundesrepublik und Großbritannien 1945–1990«, erschienen in der Reihe »Geschichte der Gegenwart« beim Wallstein Verlag. Obwohl die Themen beider Studien eng beieinanderliegen, nähern sich die Autoren dem Thema Erben aus unterschiedlichen Perspektiven. Während Dinkel einen breiten, transnationalen und sozialhistorischen Ansatz verfolgt, um die Beständigkeit familiärer Strukturen über politische und historische Brüche hinweg vom späten 18. bis ins 21. Jahrhundert in den USA, Deutschland und Russland zu untersuchen, konzentriert sich Grundig aus einer dezidiert wissens-, sozial- und politikgeschichtlichen Perspektive auf die Entwicklungen in Deutschland und Großbritannien von der Nachkriegszeit nach 1945 bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990.

Jürgen Dinkel entwirft in seinem Werk ein facettenreiches Bild von Erbschaftsordnungen, die er als »alle Gesetze, Normen und Wertvorstellungen, Erbpraktiken, Institutionen und Akteure, die Erbprozesse beeinflussten und auf den Transfer und die Verteilung von Erbe einwirkten« (S. 9), definiert. Er skizziert einerseits die Herausbildung und den Einfluss von Gesetzen, Akteuren und Institutionen sowie deren Wechselverhältnis zu ökonomischen und politischen Wandlungsprozessen in den drei Ländern. Andererseits unternimmt er lokale Vergleichsstudien in drei Städten (Baltimore, Frankfurt am Main und Odessa), die sich explizit den Erbpraktiken widmen. Diese Verschränkung nationaler Entwicklungslinien mit lokalen, städtischen und familiären Dynamiken verleiht der Studie ihre Argumentationskraft. Chronologisch beginnt Dinkel mit der Genese bürgerlicher Erbordnungen im 19. Jahrhundert. Im zweiten Kapitel untersucht er dann die Reformen sowie die Beharrungskräfte, die schließlich zur Entstehung der noch heute gültigen Erbordnungen führten. Im dritten Kapitel setzt er sich mit der Entwicklung dieser Ordnungen bis ins frühe 21. Jahrhundert auseinander.

Ein herausragender Aspekt von Dinkels Analyse ist seine Beschreibung der Familie als soziales System, das wie ein Bollwerk gegen gesellschaftliche Veränderung wirkt. Aus diesem Grund bezeichnet er den von ihm untersuchten Zeitraum abschließend als das »Zeitalter der Familie« (S. 403). Dinkels Analyse zeigt, dass die Familie trotz politischer Umbrüche und Reformversuche stets ein Kerninstrument zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheiten blieb. Dabei treten nicht nur Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Regionen deutlich hervor, sondern seine an politischen und ökonomischen Zäsuren orientierte Studie kann auch eigenständige Zeitlichkeiten der Erbordnungen über solche Zäsuren hinweg herausarbeiten. Insbesondere die Erbpraktiken waren und sind transnational durch erhebliche Kontinuitäten geprägt, was sich vor allem in den qualitativen Fallstudien zeigt. Hier verdeutlicht Dinkel, wie stark Erbübertragungen oft durch informelle Praktiken geprägt waren, die sich vom nationalstaatlichen Rahmen lösten.

Für zukünftige Forschungen wäre es sicherlich lohnenswert, Dinkels Fokussierung auf städtische Räume zu erweitern und explizit auch ländliche sowie alternative soziale Strukturen zu berücksichtigen, die möglicherweise abweichende Dynamiken in besagten Erbordnungen aufzeigen könnten. Ebenso erkenntnisversprechend erscheint es, in Zukunft nicht nur Vermögensübertragungen, sondern auch Schulden im Rahmen von Erbschaften zu betrachten.

Dinkel zeigt bereits eindrucksvoll auf, wie Schulden in vielen Erbschaften bereitwillig übernommen wurden, bis sich, ausgelöst durch Wertewandel und veränderte Familienbilder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das Ausschlagen solcher Erbschaften etablierte. Inwiefern dies soziale Ungleichheitsstrukturen verstärkte, wäre ein spannender Beitrag zu aktuellen Debatten über Vermögensverteilung.

In diese Debatten um Vermögensverteilung ist auch Ronny Grundigs Buch einzuordnen. Grundig interessiert sich ähnlich wie Dinkel für das Verhältnis von Erbstrukturen, Erbpraktiken und deren gesellschaftlichen sowie sozialen Auswirkungen. Der systematische Aufbau seiner Studie spiegelt dieses Interesse wider. Grundig versteht den Erbprozess als Zusammenspiel von vordergründig drei Einheiten: dem Staat, den Erben und den Erblassern. In seinen Analysen erhalten dann aber noch weitere Akteure Beachtung, beispielsweise aus dem Dienstleistungssektor, der Wissenschaft und dem Journalismus. Grundig kombiniert politik- und sozialgeschichtliche Ansätze mit wissenshistorischen Fragestellungen und zeigt vor allem in der Analyse ausgewählter Nachlass- und Steuerakten nicht nur wie Erbschaften verteilt wurden, sondern auch wie Wissen über Erbschaften produziert und verbreitet wurde. Sein räumlicher und zeitlicher Fokus ist jedoch deutlich enger gefasst als bei Dinkel. Er betrachtet die Erbschaftsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien vom Ende des Zweiten Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung und damit einen Zeitraum, der von einer starken Zunahme an Erbübertragungen und einem steigenden Volumen der Erbschaften in beiden Ländern geprägt war.

Grundig hat für seinen Vergleich zwei Länder mit durchaus unterschiedlichen Rechtstraditionen, divergierenden Eigentumskonzepten und unterschiedlichen Schwerpunkten im Erbrecht ausgewählt. Er kommt jedoch zu dem Schluss, dass trotz dieser unterschiedlichen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen beide Länder erstaunliche Ähnlichkeiten in der Erbschaftspraxis aufweisen. Auch er argumentiert, dass die Familie sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien die zentrale Institution des Erbens geblieben ist, selbst wenn sich die Lebensformen pluralisiert haben und rechtliche Reformen wie etwa die Abschaffung der Benachteiligung unehelicher Kinder durchgeführt wurden. Gerade die Analyse der Wandelbarkeit des familiären Konzepts überzeugt in Grundigs Studie. Familie wird hier nicht als starre, unveränderliche Einheit dargestellt, sondern in ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit erfasst.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Dinkel und Grundig trotz unterschiedlicher methodischer Ansätze und geografischer wie epochaler Schwerpunkte zu einer ähnlichen grundlegenden Erkenntnis gelangen: Die Familie bleibt trotz – oder gerade wegen – ihrer Flexibilität ein zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheiten. Familie, verstanden als komplexes und wandelbares Konzept, kann aber auch Ungleichheiten selbst herstellen. Das zeigt erneut der anfangs erwähnte Konflikt um die Erbschaft Müller: Im Mittelpunkt stand schließlich die Adoption von drei ehemaligen Jagdfreunden durch den zukünftigen Erblasser, der damit den Pflichtteil seines leiblichen Sohnes zu schmälern gesucht hatte. Als die Adoptivkinder entgegen einer schriftlichen Vereinbarung ihren Anteil am Erbe einklagten, beriefen sie sich auf das Konzept der Familie. Dies überzeugte aber das Landgericht in Ulm nicht. Es lehnte die Klage ab mit dem Verweis auf die bei aller fluiden Beschaffenheit dennoch deutlichen Grenzen der Kategorie »Familie«.

Zitierempfehlung

Eva Maria Gajek, Doppelrezension zu: Jürgen Dinkel, Alles bleibt in der Familie. Erbe und Eigentum in Deutschland, Russland und den USA seit dem 19. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Köln 2023; Ronny Grundig, Vermögen vererben. Politiken und Praktiken in der Bundesrepublik und Großbritannien 1945–1990, Wallstein Verlag, Göttingen 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82043.pdf>> [20.1.2025].